



23. September 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Edgar Franke zur Gesundheitspolitik nach einem Jahr Ampelkoalition**
- **Für eine stabile, verlässliche und solidarische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)**
- **Online-Hass bekämpfen, Geflüchtete besser beraten – wir stärken den Rechtsstaat**
- **Wahlrechtskommission – Weiterer Schritt zum Wahlalter 16**
- **Schülerinnen und Schüler der Schlossbergschule aus Diemelstadt-Rhoden zu Besuch in Berlin**
- **Einzelplanberatungen im Haushaltsausschuss**
- **Bilder der Woche**

Edgar Franke zur Gesundheitspolitik nach einem Jahr

Ampelkoalition (Teil 2)

Strukturelle Reformen – Krankenhausreform, Finanzierung der GKV, Sicherung der stationären Pflege.

Im 2. Teil des Beitrages zur Gesundheitspolitik nach einem Jahr Ampelkoalition geht es darum, dass die finanziellen Mittel effizienter und bedarfsorientierter verteilt werden.

Dazu brauchen wir vor allem im Krankenhausbereich eine grundlegende Reform, die auf einer unabhängigen Bestandsaufnahme der Probleme fußt.

Anfang Mai hat Bundesminister Lauterbach deshalb eine **Krankenhauskommission** eingesetzt. Sie soll Lösungsansätze für die drängenden Fragen der stationären, aber auch der sektorenübergreifenden Versorgung entwickeln.

Erste Empfehlungen zur Förderung der für die Basisversorgung relevanten Geburtshilfen hat sie bereits veröffentlicht. In der Umsetzung der Empfehlungen sollte es vor allem darum gehen, die bestehenden Fördermöglichkeiten mit neu zu schaffenden Finanzierungsinstrumenten zu harmonisieren. Eine solche Reform könnte etwa erlösunabhängige Vorhaltepauschalen vorsehen, ausgerichtet auf die verschiedenen Versorgungsstufen.

Daneben könnten **Hybrid-DRG's** künftig in der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Versorgung eine wichtige Rolle spielen. Richtig eingesetzt könnten sie Ambulantisierungspotential heben und unserer Volkswirtschaft langfristig Geld sparen.

Denn bei uns in Deutschland werden zu viele Leistungen stationär erbracht, die ambulant viel kostengünstiger realisiert werden könnten.



Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen

Die GKV ist seit einigen Jahren auch unabhängig von den immensen Kosten der Pandemie in einer Schieflage. Um das GKV-Finanzsystems nachhaltig zu stabilisieren, werden wir über eine zukünftig regelhafte Dynamisierung des Bundeszuschusses nachdenken.

Nicht nur wegen Corona, sondern auch wegen des demographischen Wandels und des medizinisch-technischen Fortschritts.

Stationäre Pflege

Die aktuelle **Finanzlage der Sozialen Pflegeversicherung** bereitet mir Sorgen. Dieses Jahr ist sie nur deshalb zahlungsfähig, weil der Bund ihr eine Milliarde Euro leiht. Vermutlich ist es nötig, die Beiträge moderat und sozialverträglich zu erhöhen.

Ein weiteres Problem sind die hohen Eigenanteile für Bewohner in Pflegeeinrichtungen. Diese werden wir als Ampel begrenzen und planbar machen. Die Angehörigen von Pflegebedürftigen haben wir ja noch in der letzten Legislaturperiode entlastet.

Allerdings wird auch eine langfristig stabile Finanzierung, die gerecht auf den verschiedenen Schultern verteilt ist, eine besonders große Herausforderung nicht beseitigen: Den **Fachkräftemangel in der stationären Pflege**.

Im Krankenhaus verdienen Pflegerinnen und Pfleger nach wie vor mehr als beispielsweise in einem Seniorenheim. Auch deswegen wechseln viele Beschäftigte lieber in ein Klinikum.

Die Gehaltslücke konnten wir in den letzten Jahren verkleinern. Darauf bauen wir auf und minimieren sie weiter.

Außerdem haben wir uns im Koalitionsvertrag auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen verständigt, zum Beispiel auf die Abschaffung geteilter Dienste.

Den Fachkräftemangel werden wir dadurch aber nicht komplett überwinden. Dafür brauchen wir auch Pflegekräfte aus dem Ausland. Bislang machen wir es diesen aber mit viel Bürokratie zu schwer, hier in Deutschland zu arbeiten.

Lauterbach verteidigt Plan zum Ausgleich von Milliardendefizit bei Krankenkassen

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ist überzeugt, dass seine Pläne zum Ausgleich des Milliardendefizits der gesetzlichen Krankenkassen die Lasten gerecht verteilen. Die Erhöhung des Zusatzbeitrages um 0,3 Prozent mache nur zehn Prozent des Volumens des Gesamtpakets aus, sagte



Lauterbach bei der ersten Lesung seines Gesetzentwurfs zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) am Freitag im Bundestag. Von den 0,3 Prozent trügen Versicherte und Arbeitgeber je die Hälfte.

Auch die Krankenkassen leisteten ihren Beitrag, ebenso die Pharmafirmen, sagte Lauterbach. Hinzu komme der zusätzliche Bundeszuschuss in Höhe von zwei Milliarden Euro sowie ein Darlehen von einer Milliarde. Der Gesundheitsminister verteidigte auch das im Gesetzentwurf enthaltene Vorhaben, dass die Kassen vier Milliarden Euro aus ihren Reserven beisteuern sollten. Es gebe Kassen, bei denen die Vorstände «deutlich mehr verdienen als der Busenkanzler», sagte Lauterbach. Auf der anderen Seite gebe es keine Leistungskürzungen für die Versicherten. Solche wären in der augenblicklichen Situation auch gar nicht «vermittelbar».

Das für 2023 erwartete Defizit von 17 Milliarden Euro bezeichnete Lauterbach als historisch. Grund seien Ausgabenerhöhungen bei gleichzeitigem Verzicht auf Strukturteerformen, aber auch die demografische Entwicklung und die Pandemiekosten.

Lauterbach kündigte abermals an, dass er bald Vorschläge zur finanziellen Unterstützung der Krankenhäuser wegen der steigenden Energiepreise unterbreiten werde. Dabei werde es auch um Entlastungen bei den Eigenanteilen in der Pflege gehen.

Quelle: afp Deutschland vom 23.09.2022

Online-Hass bekämpfen, Geflüchtete besser beraten – wir stärken den Rechtsstaat

Die SPD-Bundestagsfraktion fördert wichtige Projekte für den Rechtsstaat. Wir setzen uns in den Haushaltsverhandlungen für gesellschaftlich relevante Vorhaben ein, die den Rechtsstaat stützen und stärken.

In den Haushaltsberatungen für den Einzelplan der Justiz haben wir die Förderung der wichtigen Projekte **HateAid** und **Elil** erreicht. HateAid unterstützt und berät als erste gemeinnützige Beratungsstelle Opfer von Online-Hass und digitaler Gewalt. Für das Jahr 2023 stellen wir 497.000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich unterstützen wir die Initiative **European Lawyers in Lesvos**, die unabhängige Rechtsberatung für Geflüchtete an den EU-Außengrenzen anbietet. Seit 2022 ist die Initiative neben Griechenland auch in Polen aktiv, wo geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer beraten werden.“

Dazu **Esther Dilcher** als zuständige Berichterstatterin: „Mit den jetzt bereitgestellten Geldern unterstützen wir zwei großartige Projekte. Es ist uns wichtig, dass alle Menschen einen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren haben, weshalb wir die für European Lawyers in Lesvos in diesem Haushalt erstmalig bereitgestellten 75.000 Euro sehr begrüßen. Die Finanzierung hilft der Organisation, mehr freiwillige Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte nach Lesbos und an die anderen Standorte kommen zu lassen, um ihre wichtige Arbeit fortzusetzen.



Mit der Finanzierung für HateAid sollen insbesondere die Arbeitsabläufe digitalisiert werden, um so bei gleichem Personalaufwand in der Zukunft noch mehr Personen betreuen und ihnen Hilfe anbieten zu können. Durch die Arbeit von HateAid können Ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger dann unterstützt werden, wenn ihre Arbeit auf politischer, humanitärer oder sonstiger gesellschaftlicher Ebene zur Zielscheibe von Hass und Hasskriminalität wird.“

Quelle: Pressemeldung der SPD-Bundestagsfraktion vom 23.09.2022 - Nr. 204/2022, Arbeitsgruppe: Recht

Wahlrechtskommission – Weiterer Schritt zum Wahlalter 16

Nach dem Beschluss des Zwischenberichts setzt die Wahlrechtskommission ihre Arbeit fort. Die Wahlrechtskommission

befasste sich diese Woche mit der Länge der Wahlperiode, einer Amtszeitbegrenzung und ein weiteres Mal mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahren.



Zeitgleich wurde im Plenum ein Entwurf eingebracht, der ein Wahlalter 16 für die Europawahlen vorsieht. Damit bestreitet die Ampel-Koalition eine weitere Etappe zu einem bundesweiten Wahlalter 16. „Jugendliche verdienen und bekommen ein Mitwirkungsrecht“, so Esther Dilcher und weiter: „Das stärkt unsere Demokratie!“

Schülerinnen und Schüler der Schlossbergschule aus Diemelstadt-Rhoden zu Besuch in Berlin

Am Mittwoch waren Schülerinnen und Schüler von der Schlossbergschule aus Diemelstadt-Rhoden im Deutschen Bundestag.

Nachdem die Klasse einen Vortrag im Plenarsaal erleben konnte, nahm sich auch Esther Dilcher Zeit, um den Schülerinnen und Schülern aus Hessen über ihre Arbeit als Bundestagsabgeordnete zu berichten.

Esther Dilcher tauschte sich mit den Schülerinnen und Schülern über die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre aus. Dabei interessierte sie sich sehr für die Meinungen der Jugendlichen. Eine Frage einer Schülerin war, ob Esther Dilcher denn schon einmal Angela Merkel getroffen habe. Daraufhin berichtete sie von einem gemeinsamen Abendessen in einer großen Runde und gestand, dass auch sie nervös gewesen sei, auf die damalige Kanzlerin zu treffen.

Einzelplanberatungen im Haushaltsausschuss

In dieser Woche wurden im Haushaltsausschuss u.a. die Einzelpläne des Bundesrates, des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesjustizministeriums für das Jahr 2023 beraten, bei denen Esther Dilcher Berichterstatterin ist.

Zu diesen Sitzungen des Ausschusses erscheinen die jeweiligen Bundesminister persönlich, um sich den Fragen der Haushälterinnen und Haushälter zu ihren Projekten und angemeldeten Haushaltsbedarfen zu stellen. Denn die Parlamentarierinnen und Parlamentarier bestimmen, wohin die Haushaltsmittel des Deutschen Bundestages fließen und welche angemeldeten Bedarfe unterstützt werden sollen. Esther Dilcher: „Eine Aufgabe mit hoher Verantwortung. Schließlich handelt es sich um die Finanzierung unseres Rechtsstaats“.

Bilder der Woche

Lisa Pernpaintner berichtet über ihr Praktikum

„Mein Name ist Lisa Pernpaintner. Ich bin 21 Jahre alt und komme aus Regensburg, Bayern. Die kommenden Wochen darf ich im Rahmen meines Jurastudiums ein Praktikum im Abgeordnetenbüro von Esther Dilcher absolvieren.“

Am Montag war Praktikumsstart. Nachdem ich vom gesamten Team herzlich empfangen wurde, startete die Woche ereignisreich. Es war Sitzungswoche, das heißt, dass unzählige Besprechungen, Abstimmungen, Debatten und viele weitere Veranstaltungen anstanden.

Ich selbst durfte beispielsweise am Mittwoch an einer Diskussionsrunde zum Thema Kindergrundsicherung teilnehmen.



Anschließend ging es in den Rechtsausschuss. Dort wurden vom Bundesjustizminister die kommenden Gesetzesvorhaben vorgestellt. Außerdem stand er den Ausschlussmitgliedern bezüglich vieler weiterer Themen Rede und Antwort.

An den darauffolgenden Tagen dieser Woche besuchte ich auch eine Sitzung der Wahlrechtskommission, die sich unter anderem mit einer Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre und den Argumenten für und gegen eine Begrenzung von Amts- und Mandatszeiten beschäftigte. Dazu wurden viele Expertinnen und Experten angehört, die sich auf wissenschaftlicher Ebene mit diesen Fragen auseinandersetzen.

Am Freitag kam ich schließlich auch in den Genuss eine Debatte im Plenarsaal auf der Besuchertribüne live mitzuverfolgen. Insgesamt ist es eine sehr spannende Erfahrung, die Arbeit von Esther Dilcher und ihrem Team aus nächster Nähe zu erleben. Ich freue mich deshalb auf alle Eindrücke, die ich in den folgenden drei Wochen weiterhin sammeln darf.

Hessischer Krankenhaustag

Parlamentarischer Staatssekretär

Dr. Edgar Franke beim Bundesgesundheitsminister redete auf dem Hessischen Krankenhaustag in Offenbach. Franke: „Der Bund hat die Kliniken in der Pandemie mit über 21 Milliarden zusätzlich finanziell unterstützt! Und er wird auch in diesem Winter an ihrer Seite stehen!“



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.
de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.d
e

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke.
Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben.
Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Tino Basoukos, Seite 3 Sharpic der SPD-
Bundestagsfraktion, Seite 4 Image by [Michael Schwarzenberger](#) from [Pixabay](#) , Seite 5
Esther Dilcher, Seite 6 Bild von [No-longer-here](#) auf [Pixabay](#), Seite 7 Esther Dilcher,
Seite 8 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.